

# Lindner offen für Anhebung der Pendlerpauschale

Wegen der hohen Energiepreise will der Finanzminister bei Bürgern für Entlastung sorgen.

VON BIRGIT MARSCHALL

**BERLIN** Bundesfinanzminister Christian Lindner ist wegen der hohen Energiepreise offen für eine Erhöhung der Pendlerpauschale für Arbeitnehmer. „Wenn es da eine Einigung gäbe, daran etwas zu tun, würde es am Finanzminister nicht scheitern“, sagte der FDP-Chef am Dienstag in der Sendung „RTL Direkt“. „Denn in der Tat, in der breiten Mitte der Gesellschaft sind Menschen betroffen von den steigenden Energiekosten“, sagte Lindner weiter.



Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) erhält Lob und Kritik für seinen Vorstoß. FOTO: WEIKEN/DPA

Die Pauschale beträgt seit Anfang des Jahres ab dem ersten Kilometer 30 Cent und ab dem 21. Kilometer 35 Cent pro Kilometer. 2024 soll sie auf 38 Cent steigen und ab 2027 wieder auf 30 Cent sinken. Wer lange Wege zur Arbeit zurücklegt, kann entsprechend größere Beträge bei seinem Arbeitgeber als Spesen oder in der Steuererklärung als Werbungskosten geltend machen. Umweltpolitiker und die Grünen hatten bisher die Abschaffung der Pauschale gefordert, weil sie den klimaschädlichen

Verbrauch fossiler Energien im Verkehr fördert.

Lindner hatte in den Koalitionsverhandlungen mit SPD und Grünen jede Form der Steuererhöhung abgelehnt – und auch die Abschaffung der Pendlerpauschale als eine solche begriffen. Die Grünen sehen das eigentlich anders: Sie sehen die Pauschale als ökologisch schädliche Subvention und als Hindernis auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2045. Doch wiederholen wollten führende Grüne in der Ampel-Regierung diese Position auf Anfrage unserer Redaktion nun nicht mehr. Lindner nannte die Energiepreissteigerungen „ein enormes soziales, enormes wirtschaftliches Problem“. Die Entscheidung, die EEG-Umlage zur Ökostrom-Förderung, die die Stromrechnung verteuert, ab 1. Juli zu streichen, müsse schnell fallen. „Das entlastet einen privaten Haushalt mit durchschnittlich rund 150 Euro im Jahr. Und auch darüber hinausgehende Schritte müssen wir gehen“, sagte Lindner.

Der Landkreistag begrüßte den Vorstoß. Präsident Reinhard Sager sagte: „Das ist das richtige Signal. In Anbetracht steigender Energiepreise ist es mehr als nachvollziehbar, die gestiegenen Kosten für den Arbeitsweg von der Steuer absetzen zu können.“

Die Union hatte die Regierung bereits am Wochenende unter anderem zur Anhebung der Pendlerpauschale aufgefordert. „Die neue



Durch eine höhere Pendlerpauschale könnten die hohen Spritpreise ausgeglichen werden, sagen Befürworter. Kritiker halten das klimapolitisch für falsch. FOTO: HOPPE/DPA

Bundesregierung könnte den massiven Preisanstieg bei den Energiekosten dämpfen, indem sie staatliche Abgaben senkt“, sagte CDU-Chef Friedrich Merz der Bild am Sonntag. Die Fraktionsvorsitzenden der Union in den Ländern forderten am Dienstag die sofortige Erhöhung der Pendlerpauschale. Sie müsse auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer angehoben werden, hieß es in einer Resolution der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Saarbrücken.

ADAC-Verkehrspräsident Gerhard Hillebrand hatte dies ebenfalls gefordert. „Die Belastung durch die immens gestiegenen Spritpreise

droht dazu zu führen, dass sich viele Berufspendler teilweise die Fahrt zur Arbeit nicht mehr leisten können“, sagte Hillebrand.

Unterstützung kam auch von der SPD. „Wir müssen die Entwicklung der Energiepreise weiter im Blick behalten. Wir sollten das Geld jedoch nicht mit der Gießkanne verteilen, sondern zielgenau an Menschen richten, die aufgrund ihres Einkommens oder weiterer Umstände, etwa Pendler, besonders betroffen sind“, sagte SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch unserer Redaktion. „Gerade viele Pendlerinnen und Pendler sind auch von steigenden Kraftstoffkosten betrof-

fen und können nicht einfach umsteigen, sodass ich es richtig finde, auch bei der Pendlerpauschale zielgerichtet Härten auszugleichen.“

Ablehnend äußerte sich dagegen der wirtschaftspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Dieter Janecek. Er lehnte die Erhöhung der Pendlerpauschale ab. „Zusätzliche Milliarden auszugeben, um die Verbrennung von Erdöl in fossilen Antrieben anzureizen, kann nicht der richtige Weg sein.“

Kritik kommt auch von wissenschaftlicher Seite. „Schwankungen der Weltmarktpreise für Energie sollte man nicht über pauschale Steuerermäßigungen ausglei-

chen – das widerspräche komplett der Logik unserer etablierten Fiskalpolitik“, sagte die Berliner Umweltökonomin Barbara Praetorius, die die Kohle-Kommission der Bundesregierung geleitet hatte. „Der größte Teil der Energiepreise hat ja nichts mit dem CO<sub>2</sub>-Preisaufschlag zu tun, der durch die Pendlerpauschale auch bereits ausgeglichen wird“, sagte sie.

„Wenn man die Verbraucher bei weltmarktbedingten Zusatzkosten entlasten will, dann besser über sozial zielgerichtete Zahlungen wie den einmaligen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und nicht mit der Gießkanne.“

# Rechnungshof kritisiert „Förderdschungel“ bei Bus und Bahn



Mehr Menschen sollen auf Bahn und Bus umsteigen. Doch beim ÖPNV-Ausbau durch Bund und Länder hapert es, sagt der Rechnungshof. FOTO: GAMBARINI/DPA

VON BIRGIT MARSCHALL

**BERLIN** Die jährlich zweistelligen Milliardenbeträge des Bundes für den Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) werden nach Auffassung des Bundesrechnungshofs nicht effektiv genug eingesetzt. Der Bund finanziere den Nahverkehr, für den die Länder zuständig sind, über so viele Wege und Programme, dass ihm der Überblick völlig verloren gegangen sei, heißt es in einem Sonderbericht der Behörde, der am Dienstag an die Bundesregierung ging. „In diesem Förderdschungel verstrickt sich der Bund, ihm fehlt ein vollständiger Überblick. Das schwächt den ÖPNV“,

sagte der Präsident des Rechnungshofs, Kay Scheller.

Der Ausbau des ÖPNV soll nach dem Willen der rot-gelb-grünen Ampel-Koalition ein wichtiges Instrument im Kampf gegen den Klimawandel werden: Mehr Menschen sollen vom Auto auf Busse oder Bahnen umsteigen, wenn sie zur Arbeit fahren. Zudem soll der ÖPNV-Ausbau helfen, strukturschwächere ländliche Gebiete zu stützen. Bevor die ÖPNV-Mittel aber weiter aufgestockt würden, müsse der Bund die Strukturen der Mittelvergabe unbedingt ändern, damit die Förderung künftig effektiver werde, forderte der Rechnungshof.

Allein im vergangenen Jahr

standen aus dem Bundeshaushalt 11,6 Milliarden Euro zur Unterstützung des ÖPNV zur Verfügung. Das Geld fließe über diverse Finanzierungsinstrumente. Es gebe allein drei Gesetze und eine Fülle weiterer Steuervergünstigungen und Sonderzahlungen, so die Behörde.

„Neben dem Abbau von Mischfinanzierungen würde ein einheitliches ÖPNV-Gesetz helfen, den Förderdschungel zu lichten und in der Sache mehr zu erreichen“, sagte Scheller. „Zudem braucht der Bund eine koordinierende Stelle, die alle wesentlichen Informationen über die Finanzierung des ÖPNV bündelt.“ Diese Stelle sei im Bundesverkehrsministerium zu schaffen.

Vorwürfe richtete Scheller derweil gegen die Bundesländer. Sie ließen kein besonderes eigenes Engagement für den ÖPNV erkennen: Der Bund finanziere dreimal so viel wie die Länder, obwohl diese zuständig seien. Zudem ließen die Länder erhebliche Teile der Bundesmittel regelmäßig ungenutzt. Zum Stand Ende 2017 seien es beispielsweise vier Milliarden Euro gewesen, die für den ÖPNV-Ausbau bereitstanden, aber nicht investiert wurden.

Der Bund müsse vom bloßen Geldgeber zum Impulsgeber beim ÖPNV-Ausbau werden, forderte Scheller. „Viel Geld hilft viel, ist ein Trugschluss.“

# Mindestlöhne in der Altenpflege sollen steigen

**BERLIN** (epd) Die Mindestlöhne für Altenpflegekräfte sollen spürbar steigen. Die Pflegekammerkommission hat sich auf eine Anhebung in drei Stufen bis 2023 verständigt, wie das Bundesgesundheitsministerium und das Arbeitsministerium am Dienstag in Berlin mitteilten. Die Kommission empfiehlt außerdem, von diesem Jahr an die Urlaubstage für Vollzeit-Beschäftigte um zunächst sieben und dann um neun Tage zu erhöhen.

Der Mindestlohn für Fachkräfte soll von derzeit 15 Euro pro Stunde auf 18,25 Euro steigen. Für ausgebildete Hilfskräfte ist eine Erhöhung von derzeit 12,50 Euro auf 15,25 Euro pro Stunde vorgesehen, für Ungelernte von 12 Euro auf 14,15 Euro.

Die Anhebung soll ab September in drei Stufen erfolgen, sodass für die Pflegekräfte noch bis zum 1. Dezember 2023, wenn die letzte Anhebung wirksam wird, niedrigere Mindestlöhne gelten werden. Vor September steigen die Lohnuntergrenzen noch

einmal um 1. April, das war bereits vereinbart. Der Pflegekammerlohn liegt über dem gesetzlichen Mindestlohn, der zur Zeit 9,82 Euro pro Stunde beträgt und nach den Plänen der Ampel-Koalition zum Oktober auf 12 Euro angehoben werden soll.

Die im Arbeitsministerium für die Pflegekommission zuständige Beauftragte Cornelia Prüfer-Storcks sprach von der bisher stärksten Mindestlohnanhebung für Altenpflegekräfte. Der Mehrurlaub sei ein deutliches Signal für bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, sagte die frühere Hamburger Gesundheitsministerin.

Ähnlich äußerten sich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (beide SPD).

Im Saarland und in Rheinland-Pfalz liegen alle Tariflöhne im Altenpflege-Bereich nach einer Erhebung der AOK bereits über den bis 2023 geplanten Mindestlöhnen.

# Druck auf Johnson steigt wegen Falschbehauptung

**LONDON** (dpa) Der britische Premierminister Boris Johnson ist wegen einer Falschbehauptung über Oppositionschef Keir Starmer weiter unter Druck geraten. Der Tory-Chef hatte Starmer vergangene Woche vorgeworfen, als früherer Chef der Staatsanwaltschaft persönlich für das Versäumnis von Ermittlungen gegen den inzwischen gestorbenen pädophilen BBC-Moderator Jimmy Savile verantwortlich zu sein. Mehrere Abgeordnete von Johnsons Konservativer Partei forderten am Dienstag eine Entschuldigung des Premiers, nachdem Starmer am Vorabend von Demonstranten auf der Straße mit dem Vorwurf konfrontiert und bedrängt worden war.

Johnson hatte den Vorfall am Montagabend als „absolut schändlich“ und „komplett inakzeptabel“ bezeichnet, entschuldigte sich bislang aber nicht bei dem Oppositionschef. Aus Regierungskreisen hieß es zudem, Johnson habe nicht die Absicht, sich zu entschuldigen.

# Neue Kritik an Benedikt XVI.

Der emeritierte Papst entschuldigt sich bei Missbrauchsoffern, weist Vorwürfe aber zurück.

**ROM/MÜNCHEN** (dpa) Wochenlang mussten die Katholiken in Deutschland auf eine Stellungnahme ihres bayerischen Papstes Benedikt XVI. zu den Vorwürfen aus dem Münchner Missbrauchsgutachten warten. Jetzt ist sie da: Der emeritierte Papst hat Opfer sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche zwar ganz generell – wie auch schon in der Vergangenheit – um Verzeihung gebeten. Konkrete Vertuschungsvorwürfe gegen sich aber wies er zurück.

„Ich habe in der katholischen Kirche große Verantwortung getragen. Umso größer ist mein Schmerz über die Vergehen und Fehler, die in meinen Amtszeiten und an den betreffenden Orten geschehen sind“, schrieb der 94-Jährige in einer Stellungnahme, die der Vatikan am Dienstag veröffentlichte. Er wolle seine „tiefe Scham“, seinen „großen Schmerz“ und seine „aufrichtige Bitte um Entschuldigung gegenüber allen Opfern sexuellen Missbrauchs zum Ausdruck bringen“.



Papst Benedikt XVI. widerspricht Vorwürfen aus dem Münchner Missbrauchsgutachten. FOTO: KARMANN/DPA

Die Reaktionen darauf reichten von Wut bis Lob. Anders als die zuvor schon von Gänswein veröffentlichte knappe Stellungnahme zum Münchner Gutachten trage diese nun die Handschrift des emeritierten Papstes, sagte Pater Hans Zollner, Mitglied der Päpstlichen Kommission für den Schutz von Minderjährigen. Benedikt stelle seine Erklärung in einem großen theologischen Rahmen, ohne auf Details einzugehen. Die Betroffeneninitiative „Eckiger Tisch“ zeigte sich regelrecht wütend: „Für Betroffene sind diese Art von „Entschuldigungen“ wirklich schwer erträglich“, hieß es in einer Mitteilung. „Schmerz und Scham – Betroffene

können es nicht mehr hören.“ Von einem „Befreiungsschlag“: sprach indes der Theologe, Psychiater und Bestsellerautor Manfred Lütz.

Benedikt, der frühere Kardinal Joseph Ratzinger, steht seit Wochen heftig in der Kritik, weil ihm ein Gutachten, das von mindestens 497 Betroffenen und 235 mutmaßlichen Tätern ausgeht, Fehlverhalten als Erzbischof vorwirft. Mehrere Städte wie Regensburg diskutieren inzwischen darüber, ihm die Ehrenbürgerwürde abzuerkennen. Denn die Gutachter gehen davon aus, dass Ratzinger in seiner Zeit als Münchner Erzbischof Priester, die Kinder missbraucht hatten, wieder in der Seelsorge einsetzte. Diese Vorwürfe werden in einem ebenfalls am Dienstag veröffentlichten „Faktencheck“ von Ratzingers Anwälten und Beratern kategorisch abgestritten.

Produktion dieser Seite:  
Frauke Scholl  
Martin Wittenmeier